



Georgien

Länderinformation

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 **Austrian
Development
Agency**

Einleitung

Georgien ist seit 2011 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die aktuelle Landesstrategie, in enger Abstimmung mit dem Partnerland erarbeitet, umfasst als Arbeitsschwerpunkte ländliche Entwicklung und gute Regierungsführung. Eine neue Kooperationsstrategie ist derzeit in Ausarbeitung.

Mit rund 70.000 km² Fläche ist Georgien etwas kleiner als Österreich. Durch den Zugang zum Schwarzen Meer im Westen ist Georgien zu einem bedeutenden Transitland für Erdöl- und Erdgaslieferungen von Zentralasien nach Europa geworden. Mit seinen Nachbarn Türkei, Armenien und Aserbaidschan arbeitet Georgien eng zusammen. Die Beziehungen zu Russland sind hingegen angespannt.



Georgien unterzeichnete 2014 ein Assoziierungsabkommen einschließlich einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit der EU. Es hat sich zu umfassenden Reformen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Grundfreiheiten, gute Regierungsführung, Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung verpflichtet. Der jüngste Fortschrittsbericht, der im September 2020 vom Europäischen Parlament angenommen wurde, bestätigt die anhaltenden Fortschritte Georgiens bei der Umsetzung des Abkommens.

Am 28. März 2017 trat zwischen Georgien und der Europäischen Union die Visaliberalisierung in Kraft. Die georgischen Bürgerinnen und Bürger können sich nun in den EU-Ländern mit biometrischen Reisepässen ohne Visum bis zu 90 Tage innerhalb eines halben Jahres aufhalten. Das ist ein wichtiger Meilenstein in den Beziehungen zwischen der EU und Georgien.

Politische Situation

Nach den Parlamentswahlen Ende Oktober 2020 stürzte Georgien in eine politische Krise. Die Regierungspartei „Georgischer Traum“ hatte einen

BASISDATEN

Fläche	69.700 km ²
Regionen*	neun Regionen, zwei autonome Republiken (Abchasien, Adscharien) ¹
Einwohnerinnen und Einwohner**	3.716.900 ¹
Hauptstadt**	Tbilisi (Tiflis); 1,18 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner ¹
Staatsform	Semipräsidentiale Republik
Staatsoberhaupt	Salome Zourabichvili
Regierungschef	Irakli Garibashvili
Außenminister	David Zalkaliani
Bevölkerung***	86,8 % georgisch, 6,3 % aserbajdschanisch, 4,5 % armenisch, 0,7 % russisch; 1,7 % andere (ossetisch, abchasisch, ukrainisch, griechisch, kurdisch) ¹
Sprachen	Georgisch (Amtssprache), Russisch, Abchasisch, Ossetisch, Minderheitensprachen
Religionszugehörigkeit	Mehrheitlich georgisch-orthodox, armenisch-apostolische Kirche, Islam, jüdische Minderheit
BIP (2020)****	15,9 Mrd. US-Dollar
BIP/Kopf (2020)****	4.275 US-Dollar ¹
Armut**	21,3 % leben unter der absoluten Armutsgrenze ¹
Human Development Index (2019)*****	61. Stelle von 189 Staaten ¹
Jährliches Wachstum des BIP (2020)****	- 6,2 % ¹
Inflationsrate (2020)****	5,2 % ¹

Quellen:

* Gov.ge

** [Geostat \(2020\)](http://Geostat(2020))

*** [Census.ge \(2016\)](http://Census.ge(2016))

**** [Worldbank \(2020\)](http://Worldbank(2020))

***** [Human Development Index 2019 \(2020 Report\)](http://Human Development Index 2019 (2020 Report))

knappen Sieg errungen, die Opposition bezeichnete die Ergebnisse als gefälscht und die Abstimmung als manipuliert. Fast die gesamte Opposition boykottierte die Arbeit des neuen Parlaments und forderte Neuwahlen. Begleitet wurde der Boykott von Massenprotesten der Bevölkerung. Im Februar 2021 verschärfte sich die Spannungen durch die Verhaftung von Oppositionsführer Nika Melia. Im April 2021 konnte unter EU-Vermittlung ein wichtiger Kompromiss erzielt werden. Die Regierungspartei „Georgischer Traum“ einigte sich mit einem Teil von Oppositionspolitikerinnen und -politikern auf eine weitere Zusammenarbeit im Parlament. Die Vereinbarung, die von EU-Ratspräsident Charles Michel vorgelegt wurde, sieht unter anderem weitreichende Wahlrechts- und Justizreformen vor. Außerdem schreibt sie Bedingungen fest, unter denen es vorgezogene Parlamentswahlen geben könnte.

Bereits 2020 gab es eine Wahlrechtsreform. 120 der 150 Abgeordneten werden demnach über Listen gewählt. Eine Partei, die weniger als 40 Prozent der Stimmen erhält, ist auf einen Koalitionspartner angewiesen. Eine Sperrklausel von einem Prozent ermöglicht es auch kleineren Gruppierungen, sich in der Volksvertretung bemerkbar zu machen.

Konflikttherde

Nach dem Zerfall der Sowjetunion erklärten sich die georgischen Regionen Abchasien und Süd-Ossetien für unabhängig. Dies führte 1992 zu militärischen Auseinandersetzungen mit tausenden Toten und rund 200.000 Binnenflüchtlingen. Ende 2020 lag deren Zahl aufgrund des weiter ungelösten Konflikts bei über 300.000.¹

Nachdem der Konflikt um Süd-Ossetien im August 2008 erneut ausgebrochen war, erkannte Russland Abchasien und Süd-Ossetien als unabhängige Staaten an. Georgien brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Russland ab. Seit Oktober 2008 laufen die Internationalen Genfer Gespräche zur Konfliktbeilegung unter dem gemeinsamen Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Mit der European Union Monitoring Mission Georgia gibt es eine internationale zivile Beobachtermission vor Ort, die die Einhaltung des 6-Punkte-Abkommens zur Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen überwacht. Das Mandat erstreckt sich auf das gesamte Territorium Georgiens, allerdings wird den Beobachtern der Zugang zu Abchasien und Süd-Ossetien verwehrt.

Die beiden Regionen werden nicht von der georgischen Zentralregierung, sondern von abchasischen bzw. süd-ossetischen De-facto-Behörden kontrolliert, auf die Russland einen bestimmenden Einfluss ausübt. Die Behörden vergeben auch russische Reisepässe und erhalten Zuwendungen aus dem russischen Budget.

Die im Oktober 2012 erstmals gewählte Regierung der „Allianz georgischer Traum“ kündigte an, das Verhältnis zu Russland zu verbessern und den Status der georgischen Regionen Abchasien und Süd-Ossetien klären zu wollen. Die Regierung konnte zwar erreichen, dass Russland das Embargo auf Wein und Mineralwasser aufhob, weitere Durchbrüche in den russisch-georgischen Beziehungen sowie im Verhältnis der georgischen Behörden mit Abchasien und Süd-Ossetien sind bisher jedoch nicht gelungen.

2016 bzw. 2018 ratifizierte Russland mit den De-facto-Regierungschefs von Abchasien bzw. Süd-Ossetien Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit. Damit entstand ein gemeinsamer Verteidigungsraum mit vereinten Streitkräften. Das russische Verteidigungs-

¹ [IDMC Report 2020](#)

nisterium erhält im Kriegsfall das Kommando über die Truppen der beiden autonomen Entitäten. Die georgische Regierung verurteilte die Abkommen unter anderem als „einen illegalen und provokativen Schritt“.

Seit Beginn des Jahres 2021 verstärken die beiden Regionen mit russischer Hilfe die administrative Grenzlinie zu den von der georgischen Regierung kontrollierten Landesteilen, etwa mittels Stacheldrahtzäunen. Den coronabedingten Lockdown in Georgien nutzten russische Kräfte, um neue Grenzschilder aufzustellen. Sie schränken zudem Menschen, die auf beiden Seiten der „Okkupationslinie“ leben, in ihrer Bewegungsfreiheit ein. Zivilistinnen und Zivilisten werden häufig infolge von „illegalen Grenzübertritten“ verhaftet und kommen erst gegen Zahlung eines Bußgeldes frei. Der 2020 illegal verhaftete Georgier Zaza Gakheladze wurde von dem De-facto-Obersten Gerichtshof Südossetiens wegen des versuchten Mordes an einem Polizeibeamten und des illegalen Grenzübertritts zu 12,5 Jahren Gefängnis verurteilt. Dank der Bemühungen der georgischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft wurde Zaza Gakheladze im Juli 2021 nach einem Jahr aus der Haft entlassen.

Demokratie und Menschenrechte

Die Menschenrechtssituation betreffend gibt es einige positive Entwicklungen: So hat Georgien die Istanbul-Konvention ratifiziert und ein Jugendstrafrecht implementiert. 2020 verabschiedete das Parlament eine Reform des Arbeitsgesetzes, die den Schutz der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte verbessert. Die Sensibilität gegenüber häuslicher Gewalt und Diskriminierung ist gestiegen, jedoch bleibt das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt alarmierend.

Nach den Parlamentswahlen Ende Oktober 2020 nahmen mit den politischen Spannungen auch die Herausforderungen Georgiens bei seinen Bemühungen um Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte wieder zu. Internationale Beobachter, angeführt von der OSZE, konstatierten, dass die Wahlen in einem kompetitiven Umfeld stattgefunden hatten, aber von weit verbreiteten Vorwürfen des Drucks auf Wählerinnen und Wähler überschattet worden waren.

Die Eskalation der politischen und wirtschaftlichen Krise in Georgien im Jahr 2020 und die wachsende Protestwelle haben die bestehenden Probleme des Landes hinsichtlich des Schutzes der Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit verdeutlicht. Es besteht weiterhin ein Mangel an Rechenschaftspflicht bei Missbräuchen durch die Strafverfolgungsbehörden. Trotz laufender Justizreformen bleibt die Beeinflussung der Justiz durch Exekutive und Legislative ein erhebliches Problem, ebenso wie mangelnde Transparenz und Professionalität bei Gerichtsverfahren. Auch der Schutz der Meinungs- und Medienfreiheit bleibt eine Herausforderung. Es kommt immer wieder zu politischer Einflussnahme in das Medienumfeld. Andere Bereiche, die Anlass zur Sorge geben, sind eine unverhältnismäßig harte Drogenpolitik und der Schutz der Religionsfreiheit und des Rechts auf Gleichheit, vor allem von LGBTIs. Am 5. Juli 2021 wurden im Rahmen des geplanten Tbilisi Pride March mehr als 50 Journalisten, die über die öffentlichen Versammlungen berichteten, von Demonstranten körperlich und verbal angegriffen und in ihrer Arbeit behindert. Mehrere von ihnen wurden Opfer von vorsätzlicher und schwerer Gewalt und mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International belegt Georgien derzeit Platz 45 von 180 Staaten.²

Besorgniserregend ist auch die Zukunft der Medien sowie die Menschenrechtssituation in den abtrünnigen Gebieten Abchasien und Süd-Ossetien. Nach wie vor gibt es Berichte über Misshandlungen durch Exekutivorgane und über Diskriminierung von verletzlichen Gruppen, vor allem LGBTIs, Kindern und Frauen. Die Situation der Binnenflüchtlinge bleibt problematisch.

Umweltpolitik

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage hat Umweltschutz in Georgien nur untergeordnete Priorität. Im Sommer 2018 präsentierte der Premierminister jedoch die neue Strategie zur Green Economy, die umfassende Reformen in dem Sektor vorsieht. Auch zur Sensibilisierung der Bevölkerung gibt es mittlerweile vermehrt Kampagnen öffentlicher Institutionen, mit denen die Errichtung von Schutzzonen, Naturschutzgebieten sowie die Achtung und der Schutz der Natur propagiert werden. Auch die Arbeit nationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen wird inzwischen besser wahrgenommen.

Wesentliche Bedeutung hat in diesem Bereich die Zusammenarbeit mit der internationalen Gebergemeinschaft. Diese führt gemeinsam mit Georgien erfolgreich Umweltschutzprojekte durch, um degradierte Landschaften wiederherzustellen, Wälder aufzuforsten sowie Gewässer und die Biodiversität zu schützen. Ein Meilenstein konnte durch die Modernisierung der Forstgesetzgebung erreicht werden. Das mit österreichischer Unterstützung verfasste Forstgesetz wurde vom georgischen Parlament im Jahr 2020 angenommen. Umweltprogramme thematisieren auch vermehrt den richtigen Umgang mit militärischen Altlasten. Aber auch die Luftverschmutzung im städtischen Gebiet spielt eine zunehmend wichtige Rolle.

Wirtschaftliche Situation

In den 1990er-Jahren brach die Wirtschaft Georgiens zusammen. Nach der Rosenrevolution 2003 leitete die Regierung Saakaschwili zahlreiche markliberal orientierte Wirtschaftsreformen ein. Deregulierungsmaßnahmen und die Privatisierung von Staatseigentum – unter anderem im Gesundheitsbereich und in der Energie- und Wasserversorgung – wurden beispielsweise durch Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung sowie Reformen im Steuer-, Zoll- und Arbeitsrecht begleitet. Diese umfassende Reformpolitik ebnete den Weg für ausländische Investitionen und führte zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Bedingt durch den Aufschwung im Finanz-, Immobilien-, Transport- und Bausektor verzeichnete Georgien Wachstumsraten in zum Teil zweistelliger Höhe. Der Krieg zwischen Georgien und Russland 2008 sowie die globale Wirtschafts- und Finanzkrise führten allerdings zu einem neuerlichen Einbruch. Daraufhin sagte die internationale Gebergemeinschaft Hilfszahlungen in der Höhe von insgesamt 4,5 Mrd. US-Dollar zu.

Die georgische Währung Lari verliert seit Jahren konstant an Wert.³ Ursachen dafür sind der sehr starke Dollar, der Rückgang von Devisenzuflüssen aufgrund geringerer Exporte und steigender Importe sowie geringere Direktinvestitionen aus dem Ausland. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der anhaltenden Inflation der georgischen Währung konnte Georgien während der letzten Jahre robuste positive Wachstumsraten verzeichnen. Die derzeit amtierende Regierung setzt in erster Linie auf die Stärkung des Tourismus, aber auch des Agrarsektors und sieht großes Potenzial in der Lebensmittelverarbeitung.

³ [Geostat \(2021\)](#)

COVID-19 breitete sich im Frühling 2020 auch in Georgien aus. Durch Ausgangs- und Reisebeschränkungen konnte zwar die Zahl der Neuinfektionen vorerst niedrig gehalten werden, ab Herbst 2020 verschlechterte sich die epidemiologische Lage jedoch drastisch. Die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen sind gravierend. Mobilitätseinschränkungen, ein plötzlicher Stopp der internationalen Tourismusankünfte und eine schwache Auslandsnachfrage führten zu einem geschätzten Wirtschaftsrückgang von 6,2 Prozent im Jahr 2020. Die Armutsquote stieg um geschätzte 5,4 Prozent. Arbeitsplatz- und Einkommensverluste sind gravierend. Das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung stiegen über das gesetzliche Niveau.⁴

Die Regierung und die Zentralbank Georgiens prognostizieren für 2021 ein reales Wirtschaftswachstum von 4,0 bis 4,3 Prozent. Ähnlich liegen die Voraussagen der Asiatischen Entwicklungsbank (+ 3,5 Prozent)⁵ und der Weltbank (+ 4 Prozent)⁶. Die Prognosen für 2021 setzen vor allem voraus, dass die politische Lage stabil und das Infektionsgeschehen im Land unter Kontrolle bleiben und sich der 2020 abgestürzte Tourismussektor erholt.

Außenhandel

Georgien ist als kleine Volkswirtschaft stark vom Außenhandel abhängig. Das Land verfügt über Bodenschätze, aber über keine nennenswerten fossilen Brennstoff-Ressourcen. Georgien ist daher fast vollständig auf den Import von Gas und Erdöl angewiesen. Auch ein Großteil der Lebensmittel wird importiert. Die Handelsbilanz ist insgesamt stark defizitär. Hinzu kommt die infolge der Weltwirtschaftskrise geringere Nachfrage nach Eisenlegierungen und Metallschrott, die zu den georgischen Hauptexportprodukten zählen. Weitere wesentliche Handelsgüter sind Kraftfahrzeuge, Düngemittel, Nüsse und Gold. Wichtigste Importprodukte sind Erdöl und Erdöl-Produkte sowie Erdgas, Arzneimittel und Weizen. Stärkste Handelspartner sind Armenien, Aserbaidschan, die Türkei, die Ukraine und die USA. Die EU baute die wirtschaftlichen Beziehungen zu Georgien mit dem 2016 in Kraft getretenen „Deep and Comprehensive Free Trade Area Agreement“ aus.

Armutssituation

Trotz des positiven wirtschaftlichen Wachstums zwischen 2003 und 2019 sind große Teile der georgischen Bevölkerung unterbeschäftigt oder arbeitslos. Die offizielle Arbeitslosenquote lag 2020 bei 18,5 Prozent⁷. Etwa 21,3 Prozent der Georgierinnen und Georgier leben in Armut.⁸ Vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner der ländlichen Bergregionen, aber auch besonders gefährdete Gruppen in Städten, wie intern Vertriebene und Alleinerzieherinnen, sind von Armut betroffen. Ländliche Armut führt häufig zu Landflucht oder Emigration. Die Rücküberweisungen von saisonalen und permanenten Auslandsgeorgierinnen und -georgiern nehmen seit 2016 zu und überstiegen in den letzten Jahren 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was auf stärkere Zuflüsse aus der Europäischen Union und Israel zurückzuführen ist. Im Jahr 2020 lagen sie bei 13,28 Prozent.⁹ Die Rücküberweisungen sind seit Ausbruch der Coronapandemie stark zurückgegangen, sind jedoch wieder am Ansteigen.¹⁰

⁴ [Worldbank \(2021\)](#)

⁵ [ADB \(2021\)](#)

⁶ [Worldbank \(2021\)](#)

⁷ [Gestat \(2020\)](#)

⁸ [Geostat \(2020\)](#)

⁹ [Worldbank \(2019\)](#)

¹⁰ [National Bank of Georgia \(2021\)](#)

Entwicklungspolitik

Georgien hat trotz einzelner Fortschritte weiterhin große politische und wirtschaftliche Herausforderungen zu meistern. Insbesondere gilt es, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Einkommensmöglichkeiten zu schaffen und zu sichern sowie die Kaufkraft zu erhöhen. Außerdem muss das Land im Zuge der Europäischen Nachbarschaftspolitik die Annäherung an europäische Strukturen, Normen und Standards vorantreiben. Es muss die Menschenrechte und demokratischen Institutionen weiter stärken und die lokale und regionale Verwaltung aufbauen bzw. modernisieren. Durch die Dezentralisierung der Verwaltung soll die Bevölkerung besseren Zugang zu Behörden und öffentlichen Institutionen erhalten, an lokalen Entscheidungsprozessen teilnehmen und mehr Serviceleistungen in Anspruch nehmen können. Die Gebergemeinschaft unterstützt die Dezentralisierungsbestrebungen der georgischen Regierung intensiv durch unterschiedliche Programme.

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Georgien

Im Einklang mit der EU-Nachbarschaftspolitik ist der Südkaukasus auch ein wesentlicher Fokus der österreichischen Außenpolitik. Er ist Nahtstelle zwischen Europa und Asien. Frieden und Stabilität im Südkaukasus erhöhen auch die Sicherheit in Europa und sind die Basis für gute wirtschaftliche Beziehungen mit der Region.

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Österreich und den Ländern des Südkaukasus begann Ende der 1980er-Jahre mit humanitären Hilfsmaßnahmen nach einem schweren Erdbeben in Armenien (Spitak 1988). Ab 2006 verdichteten sich die Aktivitäten zu einem regionalen Programm. Ab 2011 richtete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit die Kooperation neu aus. Sie konzentriert sich seither auf die Schwerpunktländer Georgien und Armenien. Für beide Länder gibt es bilaterale Landesstrategien, die die Grundlage für das aktuelle und künftige Engagement bilden. Die Landesstrategie für Georgien orientiert sich an den nationalen Zielsetzungen des Landes, den EU-Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, am Aktionsplan der Europäischen Nachbarschaftspolitik und am Nationalen Indikativprogramm der EU für Georgien.

Ende 2011 richtete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit eine Außenstelle, 2013 schließlich ein vollständiges Auslandsbüro in Tiflis ein. Dieses stellt den direkten Dialog mit den Partnern vor Ort sicher und hält die österreichischen Kontakte mit den Regierungsstellen und der Zivilgesellschaft in Georgien und Armenien¹¹ zur Umsetzung der Ziele der Landesstrategie. Das Büro stimmt sich dabei mit den anderen Gebern, internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen ab. Im September 2016 eröffnete die neue österreichische Botschaft in Tiflis.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

Das übergeordnete Ziel der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Georgien ist die Verbesserung der Lebensgrundlagen und die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung durch inklusive wirtschaftliche Entwicklung und bessere Verwaltung in den benachteiligten Regionen. Die Schwerpunktsektoren gemäß neuer Landesstrategie von 2021 bis 2027 sind nachhaltige ländliche Entwicklung und verbesserte Lebensbedingungen sowie inklusive lokale Entwicklung durch effektive Institutionen.

¹¹ Mit August 2021 wurde ein vollständiges Auslandsbüro in Jerewan eingerichtet.

Nachhaltige ländliche Entwicklung und verbesserte Lebensbedingungen

Ziele der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sind die Förderung der ländlichen Entwicklung in Georgien, die Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche und die Erhöhung der Produktivität in der Verarbeitung und Vermarktung lokaler Produkte. Auch durch die Förderung des nachhaltigen Tourismus sollen vor Ort Perspektiven geschaffen werden. Österreich kooperiert dabei sowohl mit der politischen Ebene als auch mit einzelnen Landwirtinnen und Landwirten und Agrarunternehmen vor Ort.

Im Zusammenhang mit ländlicher Entwicklung stehen darüber hinaus Umweltschutz (Bekämpfung des Klimawandels und der Bodenerosion, Abfallmanagement und -entsorgung) und Ernährungssicherheit im Fokus. Georgien ist zu 38 Prozent bewaldet. Dieses große Potenzial soll nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch im Kampf gegen den Klimawandel genutzt werden.

Inklusive lokale Entwicklung durch effektive Institutionen

Österreich setzt sich in seinem Partnerland für eine effizientere, partizipativere und transparentere lokale Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen in den Gemeinden ein. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft und damit die höhere Selbstbestimmung ländlicher Gemeinden ist der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dabei sehr wichtig. Im Fokus steht die aktive Beteiligung von Frauen, ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen an politischen und sozioökonomischen Prozessen.

Weitere Aktivitäten

Kooperationen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftspartnerschaften und grenzüberschreitende regionale Initiativen verstärken die bilaterale Zusammenarbeit. Des Weiteren engagiert sich die Österreichische Entwicklungsbank mit Krediten und Beratungsprogrammen für den Aufbau von Finanzierungseinrichtungen sowie von Klein- und Mittelbetrieben. Auch gehört Georgien zu den Soft-Loan-Empfängerländern (Österreichische Kontrollbank in Kooperation mit dem Bundesministerium für Finanzen).

ODA Österreichs an Georgien

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) Österreichs¹² an Georgien beliefen sich von 2004 bis 2019 auf 91,29 Millionen Euro. Davon machte der Anteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)¹³ 21,56 Millionen Euro aus.

ODA Österreichs an Georgien, Auszahlungen in Millionen Euro

	2015	2016	2017	2018	2019
bilaterale ODA gesamt an Georgien in Mio. Euro	3,59	5,95	7,69	6,20	4,68
in % der ges. bilateralen ODA	0,51	0,67	1,44	1,52	1,18
OEZA an Georgien in Mio. Euro	2,01	3,34	3,35	2,62	3,16
OEZA an Georgien in % der ges. OEZA-Leistungen	2,19	2,82	2,51	2,28	2,54

Quelle: ADA-Statistik

¹² Official Development Assistance: Öffentliche Gelder von Ministerien sowie öffentlicher Institutionen auf gesamtstaatlicher, teilstaatlicher und kommunaler Ebene (z.B. Bundesländer, Städte und Gemeinden)

¹³ Kernbudget (OEZA/ADA und OEZA/BMEIA)

Projektbeispiele

Biolandwirtschaft und nachhaltiger Tourismus in Gebirgsregionen

Vor Ausbruch der Coronapandemie boomte seit einigen Jahren der Tourismussektor in Georgien, nicht nur in Tiflis und der Schwarzmeerküste, sondern auch in den Bergregionen. Leider belasten große Tourismusprojekte häufig die Umwelt, führen zur Aufgabe traditioneller Lebensstile und erhöhen nicht immer den Lebensstandard eines breiten Teils der Gesellschaft.

Das Projekt GRETA (Green Economy: Sustainable Mountain Tourism and Organic Agriculture) zielt daher darauf ab, die Lebensbedingungen in ländlichen Gebirgsregionen durch sanften Tourismus und biologische Landwirtschaft zu fördern. Insgesamt sollen 600 Unterbringungsbetriebe und Anbieter touristischer Dienstleistungen sowie 230 landwirtschaftliche Betriebe bei der Umstellung auf Biolandwirtschaft unterstützt werden. Zusätzlich sollen kleine und mittlere Unternehmen vor Ort gestärkt werden, damit sie in Zukunft Produkte und Dienstleistungen von höherer Qualität anbieten können. Damit trägt das Projekt dazu bei, die Beschäftigungschancen und die lokale Wertschöpfung in den ländlichen Regionen zu erhöhen und gleichzeitig die einzigartigen Gebirgsökosysteme Georgiens zu erhalten.

Forstmanagement zur Armutsbekämpfung

Der Wald ist eine wichtige wirtschaftliche Ressource Georgiens und dient als Existenzgrundlage und Energielieferant für die ländliche Bevölkerung. Forstmanagement und ländliche Wirtschaftsentwicklung sind daher eng miteinander verknüpft.

Das Projekt unterstützt Entscheidungsträgerinnen und -träger auf Regierungs- und Gemeindeebene sowie die ländliche Bevölkerung dabei, den Wald nachhaltig zu nutzen. Dafür werden behördliche Strukturen aufgebaut und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ministerien durch Expertinnen und Experten in nachhaltigem Forstmanagement geschult. Im Zentrum steht auch eine Novellierung der Forstgesetzgebung. Lokalregierungen, Zivilgesellschaft und Wirtschaftsbetriebe sollen vermehrt in Dialog treten. Auch in die Energiegewinnung wird Österreich künftig sein fundiertes Know-how einbringen.

Das Projekt erreicht rund 8.000 lokale und nationale Entscheidungsträgerinnen und -träger. Die nachhaltige Nutzung des Waldes schafft neue Einkommensquellen, von denen vor allem Frauen und junge Menschen in den ländlichen Gebieten profitieren.

Mitbestimmung auf allen Ebenen

Georgien hat in den letzten Jahren seine Dezentralisierungsreform vorangetrieben. Vor allem ländliche Regionen, die vergleichsweise höhere Armutsraten aufweisen als Städte, profitieren von lokalen Verwaltungsreformen. Um Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, sind eine dezentrale Verwaltung und demokratische Mitbestimmung wichtig.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) die Dezentralisierungspläne der Regierung. Damit soll langfristig die wirtschaftliche Entwicklung am Land gefördert werden, etwa indem Anreize für lokale wirtschaftliche Akteure geschaffen werden. Zudem bekommen Gemeinden und zivilgesellschaftliche Organisationen gezielt Unterstützung, damit sie gemeinsam Initiativen umsetzen können.

Das Projekt erreicht rund 10.000 Vertreterinnen und Vertreter zentraler und lokaler Behörden in den vier Zielregionen Racha, Samegrelo, Guria und Kvemo Kartli. Davon profitieren insgesamt rund 900.000 Menschen.

Vertragspartner:
EU und SIDA
Laufzeit:
12/2018–04/2023
OEZA-Beitrag:
1 Mio. Euro

Vertragspartner:
Caucasus Environmental NGO Network (CENN)
Laufzeit:
09/2018–08/2022
OEZA-Beitrag:
1,4 Mio. Euro

Vertragspartner:
UNDP
Laufzeit:
12/2017–03/2022
OEZA-Beitrag:
1,5 Mio. Euro

Verbesserte Tiergesundheit

Die Viehwirtschaft ist eine wichtige Einnahmequelle für die Bäuerinnen und Bauern. Damit sich Georgien in der Landwirtschaft an EU-Standards anpassen kann, müssen Schutzmaßnahmen eingeführt werden, um die Tiergesundheit zu erhöhen.

Gemeinsam mit der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) fördert Österreich die Etablierung eines EU-konformen Systems. Dieses soll helfen, Tierseuchen rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Dazu erhalten die nationalen Behörden Unterstützung dabei, die rechtlichen Rahmenbedingungen und ein landesweites elektronisches System zur Tierregistrierung aufzubauen. Begleitet wird dieser Prozess etwa von Trainings und Informationsaustausch.

Von den Maßnahmen profitieren mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten öffentlichen Stellen sowie landesweit rund 270.000 Bäuerinnen und Bauern.

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern stärken

Einen Hektar Land besitzen Bäuerinnen und Bauern in Georgien im Durchschnitt. Die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern erzeugen großteils für den eigenen Bedarf, da die finanziellen Möglichkeiten und das Know-how zur Produktionssteigerung fehlen. Eine Folge davon ist, dass die Armutsquote auf dem Land deutlich höher ist als in den Städten.

Damit die Landbevölkerung in Georgien einen Ausweg aus der Armut findet, unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit Bäuerinnen und Bauern bei der Stärkung nachhaltiger landwirtschaftlicher Produktion. Das Projekt soll die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Kooperativen erhöhen – mit Know-how und finanziellen Mitteln. Es werden erfolgreiche Modelle kooperativer Wertschöpfungsketten, etwa für Zwiebel, Honig oder Karotten, erarbeitet. Sie sollen Qualität und Erträge steigern und zu nachhaltiger sozioökonomischer Entwicklung beitragen.

Das Projekt unterstützt Ministerien, staatliche Agenturen und landwirtschaftliche Interessensverbände sowie rund 150 landwirtschaftliche Kooperativen. 22 Kooperativen bekommen fachlichen Rückhalt in Form von Trainings. 13 Kooperativen bekommen Förderungen von bis zu 25.000 Euro, um Saatgut oder landwirtschaftliches Gerät anzukaufen.

Wirtschaftliche Stärkung von Frauen im Südkaukasus

Seit Armenien, Aserbaidschan und Georgien in den Neunzigerjahren ihre Unabhängigkeit erlangt haben, sind Fortschritte beim Abbau der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu erkennen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nur möglich, wenn Frauen wirtschaftlich erfolgreich sind und auch wirtschaftliche Entscheidungen treffen können. Ein grenzübergreifendes Projekt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit setzt sich genau dafür ein.

Das Projekt richtet sich vor allem an arme und sozial ausgegrenzte Frauen in Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Sie erhalten Zugang zu Informationen, etwa über öffentliche Dienstleistungen sowie Bildungs- und Einkommensmöglichkeiten, die von staatlichen, privaten und Entwicklungspartnern angeboten werden. Sie lernen in Schulungen, wie man ein neues Unternehmen gründet oder ein bestehendes weiterentwickelt. Dafür bekommen sie unter anderem Wissen über Finanzplanung, Unternehmensführung und Marketing.

Das Projekt hat auch zum Ziel, dass Armenien und Georgien angemessene rechtliche und politische Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Stärkung der Frauen setzen. So erhalten etwa die statistischen Servicestellen in Georgien und Armenien Unterstützung dabei, Methoden zu entwickeln, wie das geschlechtsspezifische Lohngefälle, der Beschäftigungsstatus oder der Zugang zu Ressourcen wie Land und Finanzen gemessen werden können.

Vertragspartner:

DEZA

Laufzeit:

12/2016–12/2021

OEZA-Beitrag:

1,8 Mio. Euro

Vertragspartner:

Georgian Farmers Association (GFA)

Laufzeit:

09/2015–10/2021

OEZA-Beitrag:

1.658.630 Euro

Vertragspartner:

United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women (UN WOMEN)

Laufzeit:

12/2018–07/2021

OEZA-Beitrag:

800.000 Euro

Zudem wird ein politischer Dialog über die Ratifizierung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie jenes zum Mutterschutz (Nr. 183) oder jenes über Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Familienpflichten (Nr. 156) organisiert. Das soll politische Debatten und auch die Aufmerksamkeit der Medien auf diese Themen lenken. Die Länder erhalten Unterstützung bei der Vorbereitung von Gesetzen und Grundsätzen, die die wirtschaftliche Stärkung von Frauen vorantreiben.

Von dem Projekt, das die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) finanziert, profitieren rund 1.070 Frauen in Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

Service

Österreichische Botschaft Tiflis

Griboedov Str. 31 / Rustaveli Ave. 42,
0108 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 24 34 402
E-Mail: tiflis-ob@bmeia.gv.at
<https://www.bmeia.gv.at/oeb-tiflis/> Amtsbereich: Georgien

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit

Griboedov Str. 31 / Rustaveli Ave. 42
0108 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 243 44 00
E-Mail: tiflis@ada.gv.at

Außenwirtschaftsbüro Tiflis/Commercial Office Tiflis

Wirtschaftskammer Österreich, AußenwirtschaftsCenter Istanbul
Leonidze Str.2
Regus Businesszentrum
0105 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 24 34 401
E-Mail: tbilisi@advantageaustria.org

wko.at/aussenwirtschaft/ge

AußenwirtschaftsCenter Ankara

Armada Business Center
Eskisehir Yolu 6, Floor 13
Office 1906520 Sögütözü
Ankara, Türkei
Tel.: +90 312 219 21 41 (PBX)
E-Mail: ankara@wko.at
wko.at/aussenwirtschaft/tr

Botschaft von Georgien in Österreich

Rudolfsplatz 2/1/8, 1010 Wien
Tel.: +43 1 403 98 48
E-Mail: vienna.emb@mfa.gov.ge
Amtsbereich: Republik Österreich

Konsularabteilung der Botschaft von Georgien

Rudolfsplatz 2/1/8, 1010 Wien
Tel.: +43 1 710 36 11
E-Mail: vienna.con@mfa.gov.ge
Amtsbereich: Republik Österreich

Links

Offizielle Websites Georgiens

www.mfa.gov.ge/
www.parliament.ge/

Nationales Statistikbüro Georgiens

www.geostat.ge

Weltbank

World Development Indicators Database:
data.worldbank.org/indicator

UNDP

Human Development Report:
hdr.undp.org/en/

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Georgien:

<https://www.entwicklung.at/laender/suedkaukasus/georgien>